

Terminvorschau

vom 8. bis 14. März 1982

Montag, 8. 3.

Kulturausschuß

(7. bis 16. 3. 1982

in Großbritannien)

Information über die Kulturpolitik

Großbritanniens und seine kulturellen

Einrichtungen

Dienstag, 9. 3.

Petitionsausschuß

(Beginn: 14.00 Uhr)

Behandlung von Petitionen

Mittwoch, 10. 3.

Justizausschuß (Beginn: 13.30 Uhr)

Donnerstag, 11. 3.

**Ausschuß für Ernährung, Land-,
Forst- und Wasserwirtschaft**

(Beginn: 10.30 Uhr)

Gesetz zur Änderung des Landeswas-
sergesetzes

Hauptausschuß (Beginn: 11.00 Uhr)

Bericht des Ministers für Bundesange-
legenheiten

Verkehrsausschuß

(Beginn: 13.30 Uhr)

Investitionsplanung 1981–1990 der
Stadtbahngesellschaften Rhein-Ruhr
(SRR) und Rhein-Sieg (SRS)

Porträt der Woche



Otto-Friedrich von Schönberg (CDU)

Er lehnt es ab, sich einseitig auf irgendwelche Gruppierungen festlegen zu lassen. „Ich bin CDU-Mitglied und gehöre dem Bauernverband an“, meint Otto-Friedrich von Schönberg. „Ansonsten zähle ich mich zu den ‚Sofas‘, den Selbständigen ohne fremde Arbeitskräfte.“ Eine weitere Einschachtelung in Kästchen lehnt der Diplolandwirt aus Bartrup im Westfälischen ab. Seit dem Mai 1980 sitzt er im nordrhein-westfälischen Landtag und setzt sich für eine vernünftige Landwirtschaftspolitik ein.

Nach dem Sprichwort „Schuster bleib bei deinem Leisten“ will er im Plenum immer nur dann mitreden, wenn er von einer Sache auch „hundertprozentig“ etwas versteht. Im Ernährungsausschuß kümmert sich der Landmann um Wasserwirtschaft, Abwasserbeseitigung und Umweltschutz.

Sein besonderes Steckenpferd sind die „nachwachsenden Energien“. Daß er diese Materie beherrscht, hat er unlängst bewiesen, als er im Parlament seine Jungferrede zu diesem Thema hielt. Wenn er davon spricht, wie man sechs Millionen Tonnen Öl und damit drei Milliarden DM einsparen kann pro Jahr, lebt seine sonst so ruhige Stimme auf, wird er ganz lebhaft. In die Politik gekommen ist er, weil Nachbarn ihn baten, im Rat von Bartrup doch „mitzumachen“. Damals, 1956, ging es um die Wasserversorgung und die Straßenbeleuchtung. „Du kannst so gut reden“, drängten ihn Freunde, „tu doch mal was für uns.“ So kam es, daß Otto-Friedrich von Schönberg als Parteiloser in den Rat der Stadt einzog; denn eine CDU gab es damals in Bartrup noch nicht. Erst 1968 wurde der Diplolandwirt dann Christdemokrat.

1969 wurde er stellvertretender Kreisvorsitzender der CDU, seit dem gleichen Jahr ist er Fraktionsvorsitzender im Rat. „Auf Anhieb habe ich da 30 Prozent der Stimmen bekommen“, freut er sich noch heute. 1975 übernahm er dann auch noch das Bürgermeisteramt. Als die F.D.P. 1979 bei den Kommunalwahlen die Hälfte ihrer Stimmen abgeben mußte, verlor der CDU-Mann seinen Bürgermeisterposten. Seither ist er wieder CDU-Fraktionschef.

Auf die Frage, warum er nicht eher für das Landesparlament kandidiert habe, wozu ihn doch Parteifreunde ermuntert hätten, meint er offen, daß die Zeit dafür noch „nicht reif gewesen sei“. Zunächst einmal habe er sein Haus bestellen müssen, sprich: den Hof aufbauen. „Jetzt mit dem Landtagsmandat beginnt ein neuer Beruf“, erklärt er. Das spricht für die Gründlichkeit des Landmannes.

Otto-Friedrich von Schönberg wurde am 24. Oktober 1924 in Dresden geboren. Mit 17 Jahren wurde er, das Notabiter in der Tasche, an die Front geschickt. Verwundet kam er in britische Gefangenschaft. Das große landwirtschaftliche Anwesen im Sächsischen, seit 800 Jahren im Familienbesitz, war verloren. Von Schönberg begann beim Punkt Null. Zunächst machte er eine landwirtschaftliche Lehre, dann die Gesellenprüfung, und 1947 begann er mit dem Landwirtschaftsstudium. Seinen Unterhalt verdiente er sich in den Semesterferien auf dem Bau. Beim Häuserbauen hat er dann auch seine Frau kennengelernt. Beruflich führte sein Weg nach dem Diplom über die Stellung eines Presseferenten der Versuchsstation Limburger Hof der BASF über den stellvertretenden Abteilungsleiter der Versuchsabteilung Rheinstahl-Hanomag zum selbständigen Landwirt, als er den Betrieb seiner Schwiegermutter kaufen und übernehmen konnte. Heute hat er einen „gemischten Betrieb“, wie er es nennt, ist Herr über 1000 Schweine und einen 120 Hektar großen Getreideanbau. Nachdem der älteste Sohn von vier Kindern in die Landwirtschaft eingetreten ist, zieht sich der Mann vom Landadel in die Politik zurück.

Niemand zweifelt daran, daß er dies mit der gleichen Gründlichkeit und dem selben Beharren tun wird, wie er seine bisherige Laufbahn gemeistert hat. Den politischen Erfolg kann man zwar nicht erzwingen, die Voraussetzungen bringt der CDU-Mann aber durchaus mit. Und noch eines wird ihm von Nutzen sein: Er besitzt Humor. Kollegen in der Fraktion haben ihm bereits bescheinigt: „Er ist geistreich und witzig. Zitiert nicht nur Ringelmatz, Kästner und Tucholski, sondern unterhält auch sonst eine gesellige Runde.“ Der neue Mann: offensichtlich eine Bereicherung auf dem parlamentarischen Parkett.

Gerlind Schaidt

Hälfte aller Ausländer in zwei Bundesländern

Von den rund 4,63 Millionen Ausländern in der Bundesrepublik – das sind 7,4 Prozent der Gesamtbevölkerung – leben mehr als die Hälfte in zwei Bundesländern. In Nordrhein-Westfalen wohnen 31,1 Prozent und in Baden-Württemberg 20,2 Prozent dieser Ausländer. Dies teilte das niedersächsische Innenministerium in Hannover mit.

Justizvollzugsanstalt . . .

Fortsetzung von Seite 9

ist deshalb an den Finanzminister mit der Bitte herangetreten, die Landesbehörden zumindest bei Neu- und größeren Ersatzbeschaffungsvorhaben zu verpflichten, den entstehenden Möbelbedarf über die Werkstätten in den Justizvollzugsanstalten zu decken. Der Finanzminister hat – wie die Vertreter des Justizministeriums ausführten – diesem Vorschlag bisher nicht zugestimmt, und zwar wegen der nach seiner Auffassung überhöhten Preise, zu kurzen Gewährleistungsfristen und nicht seinen Ausschreibungsbedingungen entsprechenden Möbelkonstruktionen. Die endgültige Entscheidung ist noch offen, nachdem der Justizminister seine Bereitschaft zu Zugeständnissen in den genannten Punkten erklärt hat.

Die Mitglieder des Ausschusses für Haushaltskontrolle und Rechnungsprüfung unterstützen das Anliegen des Justizministers, die Arbeitsplätze für Gefangene in den Justizvollzugsanstalten nach Möglichkeit zu erhalten. Wie dieses Problem unter Berücksichtigung der erforderlichen Sparmaßnahmen gelöst werden kann, bedarf der weiteren Erörterung.